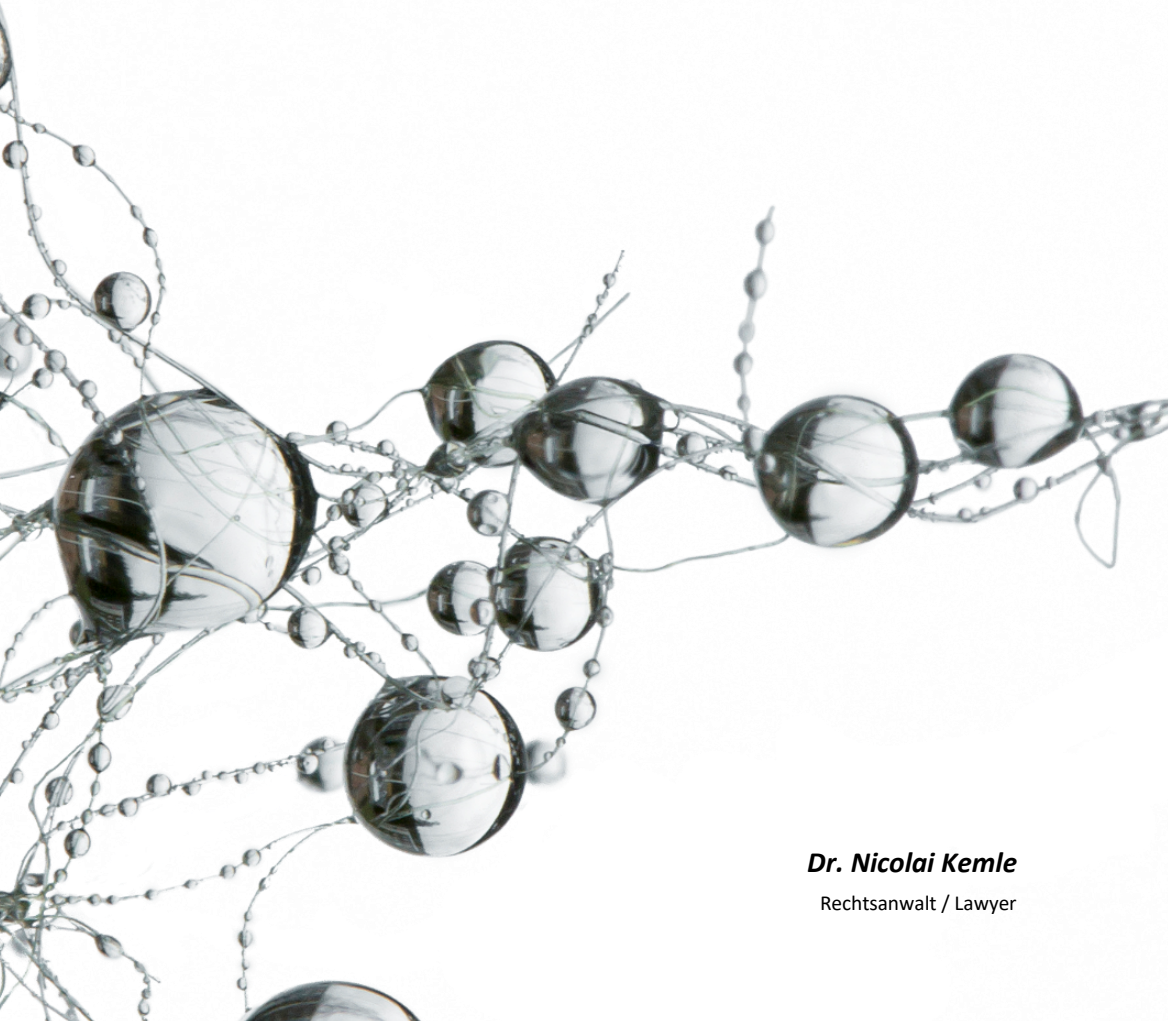


Kunst als Vermögenswert in internationalen familiären Disputen

Art as an Asset in International Family Disputes



Dr. Nicolai Kemle

Rechtsanwalt / Lawyer

Dr. Nicolai Boris Kemle

Kunst als Vermögenswert in internationalen familiären Disputen

Art as an Asset in International
Family Disputes

Text: © 2025 Copyright by RFKN.legal / Dr.Nicolai Kemle
Umschlaggestaltung

Published:
RFKN.legal / Kanzlei Kemle
info@rfkn.legal

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung:
info@rfkn.legal

Inhalt / Content

Deutsch/ German	
Kunst als Vermögenswert in internationalen familiären Disputen	1
Art as an Asset in International Family Disputes.....	1
Einleitung: Kunst zwischen Vermögensanlage, Recht und familiärem Konflikt.....	8
2. Rechtliche Einordnung von Kunstwerken: Zwischen Sache, Recht und internationaler Vermögensbewertung.....	10
3. Kunst im Kontext von Ehe und Scheidung: Kunstwerke als Assets im Spannungsfeld von Kunstrecht und internationalem Familienrecht	22
3.1 Güterrechtliche Zuordnung von Kunstwerken als Vermögenswerte	22
3.2 Bewertung von Kunstwerken im Scheidungsverfahren	23
3.3 Sicherung, Zugriff und Kontrolle von Kunstwerken.....	25
3.4 Präventive Gestaltung im ehelichen Kontext	26
4. Kunst und Nachfolge: Vorbereitung, Wissenstransfer und Risiken des ungesteuerten Erbfalls	28
4.1 Vorbereitung des Kunsterbes als zentrale Wertmaßnahme	28
4.2 Der ungesteuerte Erbfall – rechtliche Fragmentierung und Eskalationsrisiken	30
English / Englisch	
Introduction: Art between investment, law and family conflict	36
2. Legal classification of works of art: Between property, law and international asset valuation.....	39

3. Art in the context of marriage and divorce: Works of art as assets in the area of conflict between art law and international family law	48
3.1 Classification of works of art as assets under matrimonial property law	48
3.2 Valuation of artworks in divorce proceedings.....	49
3.3 Protection, access, and control of art assets.....	51
3.4 Preventive structuring within marriage	51
4. Art and Succession: Preparation, Knowledge Transfer, and the Risks of an Unstructured Estate.....	53
4.1 Preparing the art estate as a core value driver	53
4.2 The unstructured estate – legal fragmentation and escalation risks	54

Einleitung:

Kunst zwischen Vermögensanlage, Recht und familiärem Konflikt

Kunstwerke nehmen im Vermögen vermögender Familien eine besondere Stellung ein. Sie sind Ausdruck persönlicher Leidenschaft, kultureller Identität und – zunehmend – eine anerkannte Vermögensanlage. Gleichwohl werden Kunstwerke in rechtlichen familiären Konflikten wie Scheidungen, erbrechtlichen Auseinandersetzungen oder Streitigkeiten um die Vermögensverwaltung von Kindern häufig nur am Rande berücksichtigt. Abgesehen von besonders hochpreisigen oder ikonischen Werken bleibt Kunst im Vergleich zu klassischen Assetklassen wie Immobilien, Beteiligungen oder Finanzanlagen oft unter dem juristischen Radar.

Diese Zurückhaltung steht in einem Spannungsverhältnis zur tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung von Kunst im Familienvermögen. Kunstwerke können erhebliche Werte repräsentieren, unterliegen jedoch besonderen rechtlichen Rahmenbedingungen, die ihre Handelbarkeit, Verwertbarkeit und Bewertung maßgeblich beeinflussen. Anders als bei fungiblen Vermögenswerten ist der Wert von Kunst nicht allein marktgetrieben, sondern zunehmend auch rechtlich determiniert.

Insbesondere Regelungen des Kulturgüterschutzes, Aus- und Einfuhrbeschränkungen, Exportgenehmigungspflichten sowie internationale Rückgaberegime entfalten wachsenden Einfluss auf den wirtschaftlichen Wert von Kunstwerken. Diese rechtlichen Faktoren können den Kreis potenzieller Käufer erheblich einschränken,

Transaktionen verzögern oder sogar verhindern – mit unmittelbaren Auswirkungen auf Liquidität, Marktwert und strategische Vermögensplanung.

In internationalen familiären Konflikten verschärft sich diese Problematik zusätzlich. Unterschiedliche nationale Regelungen, kollidierende Rechtsordnungen und divergierende Schutzinteressen treffen auf Vermögensstrukturen, die häufig über mehrere Jurisdiktionen verteilt sind. Kunst wird damit nicht nur zum emotionalen Streitgegenstand, sondern zu einem rechtlich hochkomplexen Vermögenswert, dessen Behandlung besondere Expertise erfordert.

Die Komplexität steigt erheblich, wenn familiäre Konflikte grenzüberschreitend verlaufen – ein Szenario, das in der Praxis eher die Regel als die Ausnahme ist. Mutter und Vater stammen aus unterschiedlichen Rechtsordnungen, Kinder werden in verschiedenen Ländern geboren und leben in weiteren Jurisdiktionen, während Vermögenswerte – darunter Kunstwerke – global verteilt sind. In solchen Konstellationen treffen nicht nur unterschiedliche familien- und erbrechtliche Systeme aufeinander, sondern auch divergierende Vorstellungen von Eigentum, Vermögensbindung und staatlichem Kulturgüterschutz.

Was für einen Elternteil ein frei handelbares Investment darstellt, kann aus Sicht einer anderen Rechtsordnung als schützenswertes Kulturgut gelten. Gleichzeitig können Fragen der Zuständigkeit, des anwendbaren Rechts und der Durchsetzbarkeit von Entscheidungen darüber bestimmen, ob und wie Kunstwerke im Konfliktfall überhaupt berücksichtigt werden. Ohne frühzeitige Strukturierung entsteht so ein rechtliches Spannungsfeld, das sich im Streitfall kaum noch beherrschen

lässt.

Diese Überlegungen sollten jedoch nicht erst im Konfliktfall oder bei der Vermögensaufteilung ansetzen. Vielmehr ist es entscheidend, rechtliche, regulatorische und strukturelle Aspekte von Kunst bereits zum Zeitpunkt des Erwerbs mitzudenken. Fragen der Provenienz, der rechtlichen Verkehrsfähigkeit, möglicher Exportbeschränkungen sowie der künftigen Platzierung eines Werkes können langfristig erheblichen Einfluss auf Wertentwicklung und Verwertbarkeit haben.

Ebenso zentral ist eine vorausschauende Planung für die Zeit nach dem Tod des Sammlers oder der Sammlerin. Ohne klare Regelungen wird Kunst im Erbfall häufig zum Auslöser familiärer Konflikte. Strukturen wie Stiftungen, Trusts oder andere Vehikel der Vermögensnachfolge können dazu beitragen, Sammlungen als Ganzes zu erhalten oder ihren Übergang geordnet zu gestalten. Alternativ kann auch eine frühzeitige interne familiäre Versteigerung oder Zuweisung einzelner Werke sinnvoll sein, um Transparenz zu schaffen und spätere Streitigkeiten zu vermeiden.

Kunst verlangt daher – mehr als viele andere Vermögenswerte – einen ganzheitlichen Ansatz über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg: vom Erwerb über die laufende Verwaltung bis hin zur Nachfolgeplanung.

2. Rechtliche Einordnung von Kunstwerken: Zwischen Sache, Recht und internationaler Vermögensbewertung

Kunst entzieht sich einer einheitlichen rechtlichen Qualifikation. Zwar

manifestiert sie sich in der Praxis häufig in körperlichen beweglichen Gegenständen wie Gemälden, Skulpturen oder anderen physischen Objekten. Diese klassische sachenrechtliche Einordnung greift jedoch zu kurz. Kunst besteht rechtlich nicht nur aus Sachen, sondern ebenso aus Rechten, Konzepten und immateriellen Vermögenspositionen, die eigenständig wirtschaftlichen Wert entfalten.

Diese Differenzierung ist in der Rechtsprechung seit Langem anerkannt. Gerichte haben wiederholt klargestellt, dass der Erwerb eines Kunstwerks grundsätzlich nicht den Erwerb urheberrechtlicher Nutzungsrechte umfasst. Eigentum am physischen Werk und die damit verbundenen immateriellen Rechte stellen rechtlich getrennte Vermögenspositionen dar. Diese Trennung gewinnt in familiären Vermögenskonflikten besondere Bedeutung, da sie unmittelbare Auswirkungen auf Bewertung, Verwertbarkeit und Nachfolgeplanung hat.

Besonders deutlich wird diese Mehrschichtigkeit bei zeitgenössischer Konzept- und Installationskunst. Hier liegt der wirtschaftliche Wert häufig nicht im materiellen Träger, sondern in einem Bündel aus Rechten, Zertifikaten und Autorisierungen. Das vielzitierte Beispiel der von Maurizio Cattelan konzipierten „Banane“ verdeutlicht, dass das physische Objekt austauschbar sein kann, während das zertifizierte Konzept und die urheberrechtlich geschützte Idee den eigentlichen Vermögenswert darstellen. Rechtlich handelt es sich damit nicht um eine bloße Sache, sondern um eine komplexe Vermögensposition.

Diese Entwicklung setzt sich konsequent in der digitalen und tokenisierten Kunst fort. NFTs verkörpern regelmäßig keine sachenrechtliche Eigentumsposition, sondern eine digital verbriefte Rechtsstellung, deren Inhalt sich aus Smart Contracts,

Plattformbedingungen und begleitenden Vereinbarungen ergibt. Der wirtschaftliche Wert eines NFTs ergibt sich nicht aus einem physischen Werk, sondern aus der rechtlich und technisch definierten Zugriffsmöglichkeit, Authentizität und – je nach Ausgestaltung – aus Nutzungs- oder Verwertungsrechten. In familiären Streitigkeiten wirft dies grundlegende Fragen nach Eigentum, Kontrolle, Vererbbarkeit und Bewertung auf, insbesondere wenn technische Zugangsvoraussetzungen oder unterschiedliche nationale Qualifikationen digitaler Vermögenswerte hinzukommen.

Die rechtliche Mehrschichtigkeit von Kunst spiegelt sich auch in der gerichtlichen Bewertungspraxis wider. In Scheidungs- und Erbverfahren wird Kunst als Vermögenswert häufig erst dann vertieft betrachtet, wenn es sich um besonders hochpreisige oder bekannte Werke handelt. Gleichwohl haben Gerichte in verschiedenen Jurisdiktionen betont, dass Kunst grundsätzlich Teil des auszugleichenden Vermögens ist, ihre Bewertung jedoch besonderen Maßstäben unterliegt. Maßgeblich ist nicht ein idealisierter Sammlerwert, sondern der realistisch erzielbare Verkehrswert, der regelmäßig durch Sachverständigengutachten zu ermitteln ist.

Dabei wurde wiederholt anerkannt, dass rechtliche Beschränkungen – etwa Exportgenehmigungspflichten, Kulturgüterschutz oder sonstige öffentlich-rechtliche Einschränkungen – wertmindernd zu berücksichtigen sind, da sie die Handelbarkeit und Liquidität eines Kunstwerks unmittelbar beeinflussen. Englische und US-amerikanische Gerichte haben in familienrechtlichen Verfahren ausdrücklich hervorgehoben, dass Kunstwerke keine liquiden Vermögenswerte darstellen und nicht ohne Weiteres wie Finanzanlagen behandelt werden können. Transaktionskosten, Marktunsicherheiten und rechtliche Risiken

sind integrale Bestandteile der Bewertung.

In grenzüberschreitenden Konstellationen tritt diese Problematik besonders deutlich hervor. Unterschiedliche nationale Regelungen können dazu führen, dass ein und dasselbe Kunstwerk je nach Rechtsordnung einen grundlegend unterschiedlichen rechtlichen und wirtschaftlichen Charakter annimmt. Dies gilt in besonderem Maße für Indien, wo strenge Export- und Verbringungsbeschränkungen für bestimmte Kunstwerke unabhängig von zivilrechtlichen Eigentumsverhältnissen gelten. Die faktische Unveräußerlichkeit oder eingeschränkte internationale Handelbarkeit solcher Werke wirkt sich unmittelbar auf ihren Verkehrswert aus und kann in familiären Vermögensauseinandersetzungen zu erheblichen Bewertungs- und Durchsetzungsproblemen führen.

Für Family Offices und private Vermögensinhaber ergibt sich daraus eine zentrale Erkenntnis: Kunst ist rechtlich als komplexes Bündel aus Sachen, Rechten und – zunehmend – digitalen Vermögenspositionen zu verstehen. Diese Mehrschichtigkeit unterscheidet Kunst fundamental von klassischen Finanzanlagen und selbst von Immobilien. Ohne eine präzise rechtliche Analyse, klare Strukturierung und vorausschauende Berücksichtigung grenzüberschreitender Regelungen besteht ein erhebliches Risiko von Fehlbewertungen, eingeschränkter Verwertbarkeit und eskalierenden familiären Konflikten.

2.2 Provenienz, Besitz und Kontrolle – rechtliche Realität und Konfliktpotenzial

Familienrechtliche Streitigkeiten um Kunstwerke entstehen typischerweise in zwei aufeinanderfolgenden Schritten. Zunächst wird über den wirtschaftlichen und emotionalen Wert gestritten: Während

einzelne Familienmitglieder den ideellen, identitätsstiftenden Charakter eines Werkes betonen, steht für andere dessen wirtschaftliche Verwertbarkeit im Vordergrund. In einem ersten, oft entscheidenden Stadium entzündet sich der Konflikt jedoch an der Frage der Kontrolle über den Besitz. Insbesondere im Erbfall zeigt sich, dass der unmittelbare Zugriff auf Kunstwerke des Erblassers faktisch über Macht- und Verhandlungsspielräume entscheidet – ähnlich wie bei anderen hochwertigen beweglichen Vermögensgegenständen wie edlen Uhren oder Schmuck.

In einem zweiten Schritt rücken sodann Fragen der Verteilung und Verwertung in den Vordergrund. Dabei geht es nicht nur um den nominellen Wert eines Kunstwerks, sondern um dessen tatsächliche Verfügbarkeit und rechtliche Verkehrsfähigkeit. Streit entsteht etwa darüber, ob ein Werk ausgeführt oder in eine andere Jurisdiktion verbracht werden darf, welche Aus- oder Einfuhrgenehmigungen erforderlich sind und in welchem Markt eine Veräußerung überhaupt sinnvoll oder zulässig ist. Auch die Wahl des Verwertungswegs – etwa über welches Auktionshaus, in welchem Land und zu welchem Zeitpunkt ein Verkauf erfolgen soll – kann erheblichen Einfluss auf Erlös, Liquidität und steuerliche Behandlung haben und wird daher regelmäßig zum Gegenstand familieninterner Auseinandersetzungen.

Die Provenienz eines Kunstwerks erfüllt dabei eine doppelte Funktion. Einerseits ist sie kunsthistorisch und marktrelevant, da sie Authentizität, Reputation und damit den wirtschaftlichen Wert beeinflusst. Andererseits gewinnt sie zunehmend rechtliche Bedeutung. Lückenhafte oder ungeklärte Provenienz kann zu Herausgabeansprüchen, Rückerstattungsforderungen oder staatlichen Eingriffen führen – insbesondere im Kontext von Kulturgüterschutz, kolonialem Erbe oder

illegalem Export. In familiären Auseinandersetzungen wirkt sich eine belastete Provenienz unmittelbar auf die Bewertung und Verwertbarkeit aus und kann dazu führen, dass ein Werk faktisch nicht oder nur eingeschränkt in die Vermögensaufteilung einbezogen werden kann.

Davon zu unterscheiden ist die Frage des rechtlichen Eigentums. In internationalen Familienvermögen ist das Eigentum an Kunstwerken häufig nicht bei der Person angesiedelt, die das Werk erworben hat oder emotional mit ihm verbunden ist. Kunst wird nicht selten über Gesellschaften, Trusts oder Stiftungen gehalten, sei es aus steuerlichen, haftungsrechtlichen oder nachfolgeplanerischen Gründen. Diese Strukturen können sinnvoll sein, erzeugen jedoch im Konfliktfall erhebliche Abgrenzungsprobleme: Gehört das Kunstwerk zum persönlichen Vermögen eines Ehegatten, zum Familienvermögen oder zum Vermögen einer rechtlich verselbstständigten Struktur?

Der Besitz – also die tatsächliche Sachherrschaft – liegt wiederum häufig bei einer dritten Partei. Kunstwerke befinden sich in privaten Residenzen, Museen, Lagerhäusern oder Freeports, oft in anderen Jurisdiktionen als der Eigentümer. Leihverträge, Dauerleihgaben oder informelle Überlassungen sind verbreitet, jedoch nicht immer sauber dokumentiert. In familiären Streitigkeiten stellt sich dann die Frage, wer Herausgabe verlangen kann, welches Recht auf den Besitz anwendbar ist und wie gerichtliche Entscheidungen grenzüberschreitend durchgesetzt werden können.

Besonders konfliktträchtig ist schließlich die Kontrolle über Kunstwerke. Kontrolle bedeutet nicht nur physischen Zugriff, sondern auch die rechtliche und faktische Befugnis, über Veräußerung, Verlagerung, Beleihung oder Nutzung zu entscheiden. Diese Kontrolle kann sich aus

Eigentum ergeben, aus gesellschaftsrechtlichen Einflussmöglichkeiten oder – bei digitalen und tokenisierten Werken – aus dem alleinigen Zugriff auf private Schlüssel, Zertifikate oder Accounts. In familiären Konflikten ist häufig unklar, wer diese Kontrolle tatsächlich ausübt, was die Durchsetzung von Rechten erheblich erschwert.

In grenzüberschreitenden Konstellationen treten zusätzliche Komplikationen hinzu. Der Ort des Kunstwerks (situs), der Sitz der haltenden Struktur, der Wohnsitz der Familienmitglieder und der Ort der rechtlichen Auseinandersetzung können unterschiedlichen Rechtsordnungen unterliegen. Dies kann dazu führen, dass Besitz- und Herausgabeansprüche nach einem anderen Recht beurteilt werden als Eigentumsfragen oder güterrechtliche Zuordnungen. Staaten wie Indien verschärfen diese Problematik zusätzlich durch strenge öffentlich-rechtliche Kontrollmechanismen, die unabhängig von zivilrechtlichen Vereinbarungen gelten und faktisch über die Beweglichkeit und Verwertbarkeit von Kunst entscheiden.

Die vorstehenden Aspekte zeigen, dass kunstbezogene familiäre Streitigkeiten nicht isoliert entlang einzelner Fragen von Besitz oder Wert gelöst werden können. Vielmehr bedarf es einer strukturierenden Gesamtanalyse, in der sämtliche relevanten Faktoren systematisch zusammengeführt werden. Dazu gehören nicht nur die zivilrechtlichen Eigentums- und Besitzverhältnisse, sondern ebenso Fragen der Provenienz, der tatsächlichen Kontrolle, der rechtlichen Verkehrsfähigkeit sowie der grenzüberschreitenden Durchsetzbarkeit.

Ein zentraler Bestandteil dieser Analyse sind kunstrechtliche Due-Diligence-Aspekte, die in familiären Kontexten häufig vernachlässigt werden. Hierzu zählen insbesondere mögliche Restitutionsrisiken,

kulturgüterschutzrechtliche Beschränkungen, Aus- und Einfuhrregelungen, urheberrechtliche Positionen sowie vertragliche Bindungen aus Leih-, Verwahr- oder Ausstellungskonstellationen. Diese Faktoren wirken sich nicht nur auf die rechtliche Verfügungsmacht, sondern unmittelbar auf Bewertung, Verwertbarkeit und zeitliche Umsetzbarkeit aus.

Erst die Zusammenführung dieser rechtlichen, tatsächlichen und regulatorischen Elemente ermöglicht eine realistische Einschätzung dessen, was ein Kunstwerk im Konfliktfall tatsächlich „wert“ ist und wie es verteilt oder verwertet werden kann. Ohne eine solche strukturierte Analyse besteht die Gefahr, dass Entscheidungen auf unvollständiger Grundlage getroffen werden – mit erheblichen Risiken für Eskalation, Wertverlust und langfristige familiäre Konflikte, insbesondere in grenzüberschreitenden Konstellationen.

Intermezzo: Ein praktischer Rahmen für Kunstgüter in grenzüberschreitenden Familiendisputen:

Bevor Kunstwerke in den Kontext ehelicher oder erbrechtlicher Auseinandersetzungen geraten, lohnt sich ein strukturierter Blick auf ihre rechtliche und tatsächliche Einbettung. Die Erfahrung zeigt, dass Konflikte weniger aus überraschenden Ereignissen entstehen, sondern aus ungeklärten Zuständigkeiten, widersprüchlichen Erwartungen und fehlender Transparenz. Ein praktisches Analyse-Framework kann helfen, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu steuern.

Erstens: Art des Vermögenswerts.

Zu klären ist, ob es sich um ein körperliches Kunstwerk, eine konzeptuelle

Arbeit, ein Rechtebündel oder ein digitales Asset handelt. Diese Einordnung bestimmt maßgeblich, welche rechtlichen Instrumente überhaupt greifen.

Zweitens: Eigentum und Kontrolle.

Entscheidend ist nicht nur, wer rechtlicher Eigentümer ist, sondern wer faktisch Zugriff hat und über das Werk verfügen kann. Besitz, Schlüsselgewalt, gesellschaftsrechtlicher Einfluss oder digitale Zugangsdaten sind häufig konfliktentscheidend.

Drittens: Jurisdiktionale Überlagerung.

Kunst bewegt sich selten nur in einer Rechtsordnung. Herkunft, Belegenheit, Wohnsitz der Beteiligten und Sitz haltender Strukturen können unterschiedlichen rechtlichen Logiken folgen – mit erheblichen Auswirkungen auf Durchsetzbarkeit und Wert.

Viertens: Verwertbarkeit und Markt.

Nicht jedes Kunstwerk ist überall gleich handelbar. Exportbeschränkungen, Kulturgüterschutz, Marktgepflogenheiten und die Wahl des Verwertungsorts beeinflussen Liquidität und Erlös maßgeblich.

Fünftens: Konflikt- und Nachfolgetauglichkeit.

Schließlich ist zu fragen, wie belastbar die Struktur im Streitfall ist. Wer hat Zugriff im Todesfall? Wo entstehen Blockaden? Welche Punkte sind geeignet, Konflikte zu eskalieren – und welche, sie zu entschärfen?

Dieses Framework ersetzt keine Einzelfallanalyse, bietet jedoch einen belastbaren Bezugsrahmen, um Kunst als Vermögenswert nicht erst im Konfliktfall, sondern vorausschauend und strukturiert zu betrachten –

insbesondere in grenzüberschreitenden familiären Konstellationen.

Fallbeispiel: Ein Sammler lebt überwiegend in Dubai und hält eine international aufgebaute Kunstsammlung. Die Ehefrau stammt aus Indien, die beiden Kinder wurden in Deutschland beziehungsweise in den USA geboren und leben dort. Teile der Sammlung befinden sich im Wohnsitz des Sammlers, andere Werke sind in europäischen Freeports gelagert oder als Dauerleihgaben in Museen ausgestellt. Einzelne zeitgenössische Werke werden über digitale Zertifikate und tokenisierte Strukturen gehalten.

Nach dem plötzlichen Tod des Sammlers entsteht innerhalb der Familie zunächst Unsicherheit über den Zugriff auf die Kunstwerke. Während einzelne Werke physisch zugänglich sind, befinden sich andere außerhalb des unmittelbaren Zugriffs oder unterliegen Exportbeschränkungen aufgrund ihres Ursprungs. Gleichzeitig bestehen unterschiedliche Vorstellungen über den Umgang mit der Sammlung: Ein Familienmitglied möchte einzelne Werke zeitnah veräußern, ein anderes auf den langfristigen Erhalt der Sammlung hinwirken.

In der rechtlichen Analyse zeigt sich, dass die Sammlung nicht als einheitlicher Vermögenswert behandelt werden kann. Unterschiedliche Rechtsordnungen greifen ein, Provenienz- und Kulturgüterschutzfragen beeinflussen die Verwertbarkeit, und die tatsächliche Kontrolle über einzelne Werke entscheidet faktisch über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung. Der Fall verdeutlicht, dass nicht der nominelle Wert einzelner Werke, sondern deren rechtliche und faktische Einbettung den Handlungsspielraum der Beteiligten bestimmt.

Das vorstehende Framework und das begleitende Fallbeispiel verdeutlichen, dass Kunstwerke in familiären Konstellationen selten isoliert betrachtet werden können. Ihre rechtliche, faktische und regulatorische Einbettung entscheidet maßgeblich darüber, ob sie im Konfliktfall verbindend oder eskalierend wirken. Gerade in grenzüberschreitenden Familienstrukturen zeigt sich, dass ungeklärte Zuständigkeiten, fehlende Zugriffskonzepte und rechtliche Mobilitätsbeschränkungen frühzeitig Spannungen erzeugen können.

Diese strukturellen Fragestellungen treten besonders deutlich im Kontext von Ehe und Scheidung zutage. Hier verdichten sich emotionale, wirtschaftliche und rechtliche Interessen in einer Weise, die Kunst als Vermögenswert in den Mittelpunkt rückt – oft zu einem Zeitpunkt, an dem präventive Gestaltungsmöglichkeiten bereits eingeschränkt sind. Das folgende Kapitel widmet sich daher der Frage, wie Kunst in internationalen Ehe- und Scheidungskonstellationen rechtlich einzuordnen, zu bewerten und zu sichern ist.

Werden Kunstwerke im Kontext von Ehe und Scheidung betrachtet, treten sie nicht nur als kulturelle oder emotionale Werte in Erscheinung, sondern vor allem als rechtlich regulierte Vermögenswerte mit spezifischen kunstrechtlichen Eigenschaften. Als Asset Class unterscheiden sich Kunstwerke grundlegend von klassischen Vermögenspositionen: Sie sind einzigartig, häufig illiquide, rechtlich fragmentiert und in besonderem Maße von öffentlich-rechtlichen und urheberrechtlichen Rahmenbedingungen geprägt.

Gerade im familienrechtlichen Kontext entfalten diese Besonderheiten erhebliche Relevanz. Kunstwerke unterliegen nicht nur güterrechtlichen Zuordnungsfragen, sondern zugleich kunstrechtlichen Beschränkungen,

die ihre Verfügbarkeit, Bewertung und Verwertbarkeit beeinflussen. Fragen des Kulturgüterschutzes, der Aus- und Einfuhr, der Provenienz sowie der rechtlichen Kontrolle über Objekt und Rechte wirken unmittelbar auf die wirtschaftliche Substanz des Vermögenswerts ein.

In internationalen Ehen und Scheidungskonstellationen verschärft sich diese Situation zusätzlich. Unterschiedliche güterrechtliche Systeme treffen auf divergierende kunstrechtliche Regelungen und staatliche Schutzinteressen. Kunst wird damit zu einem Vermögenswert, der nicht nur zwischen Ehegatten aufzuteilen ist, sondern zugleich zwischen Rechtsordnungen vermittelt werden muss. Ohne eine integrierte Betrachtung von Familien- und Kunstrecht besteht die Gefahr, dass Kunstwerke im Scheidungsfall falsch eingeordnet, überbewertet oder faktisch unverwertbar werden.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das folgende Kapitel der Frage, wie Kunstwerke als Assets im Spannungsfeld von Kunstrecht und internationalem Familienrecht zu behandeln sind – von der güterrechtlichen Zuordnung über die Bewertung bis hin zur Sicherung und präventiven Strukturierung.

3. Kunst im Kontext von Ehe und Scheidung: Kunstwerke als Assets im Spannungsfeld von Kunstrecht und internationalem Familienrecht

3.1 Güterrechtliche Zuordnung von Kunstwerken als Vermögenswerte

Die güterrechtliche Einordnung von Kunstwerken bildet den Ausgangspunkt jeder ehelichen Vermögensauseinandersetzung. Als Vermögenswerte unterfallen Kunstwerke grundsätzlich den allgemeinen güterrechtlichen Zuordnungsmechanismen. Ihre Besonderheit liegt jedoch darin, dass sie nicht nur wirtschaftliche Werte repräsentieren, sondern zugleich rechtlich regulierte Kulturgüter oder Rechtebündel sein können.

In internationalen Ehen bestimmt sich die Zuordnung von Kunstwerken nach dem anwendbaren Güterrecht, das sich je nach Rechtsordnung an Staatsangehörigkeit, gewöhnlichem Aufenthalt oder einer wirksamen Rechtswahl orientiert. Während kontinentaleuropäische Systeme häufig zwischen Anfangs- und Endvermögen differenzieren, verfolgen anglo-amerikanische Rechtsordnungen andere Ansätze wie community property oder equitable distribution. Für Kunstwerke kann dies dazu führen, dass identische Erwerbssituationen rechtlich unterschiedlich bewertet werden.

Hinzu kommt, dass kunstrechtliche Aspekte die güterrechtliche Betrachtung überlagern können. Ein Werk, das öffentlich-rechtlichen

Exportbeschränkungen oder Kulturgüterschutz unterliegt, kann zwar formal dem ehelichen Vermögen zugeordnet sein, ist jedoch faktisch nicht oder nur eingeschränkt disponibel. Ohne klare ehevertragliche Regelungen besteht daher das Risiko, dass Kunstwerke als Assets rechtlich zugeordnet werden, deren wirtschaftliche Verwertung später nicht realisierbar ist.

3.2 Bewertung von Kunstwerken im Scheidungsverfahren

Die Bewertung von Kunstwerken stellt einen der sensibelsten und zugleich fehleranfälligsten Punkte im Scheidungsverfahren dar. Als Asset Class entziehen sich Kunstwerke standardisierten Bewertungsmechanismen. Marktpreise sind volatil, Vergleichstransaktionen häufig nicht verfügbar, und der tatsächlich erzielbare Erlös hängt maßgeblich von rechtlichen, zeitlichen und marktbezogenen Rahmenbedingungen ab.

In der deutschen Rechtsprechung findet sich die Auffassung, dass zur wirtschaftlichen Bewertung eines Kunstwerks unter Umständen bereits eine Wertbestimmung eines renommierten Auktionshauses ausreichen könne. Diese Praxis ist aus kunstrechtlicher und bewertungsrechtlicher Sicht jedoch hochproblematisch und bedarf einer kritischen Neubewertung. Auktionshäuser sind keine neutralen Sachverständigen, sondern Marktteilnehmer mit eigenen wirtschaftlichen Interessen. Sie agieren als Verkäufer, arbeiten provisionsbasiert und verfolgen regelmäßig das Ziel, Einlieferungen zu akquirieren und Umsätze zu generieren.

Hinzu kommt, dass Auktionshäuser je nach Kontext mit unterschiedlichen Wertkategorien operieren. Ein Schätzpreis für eine Auktion ist nicht identisch mit einem Versicherungswert, einem Wiederbeschaffungswert, einem Einkaufswert oder einem langfristigen Marktwert. Diese Werte verfolgen unterschiedliche Zwecke und sind nicht ohne Weiteres austauschbar. Wird eine auktionsbasierte Schätzung unreflektiert als „Verkehrswert“ herangezogen, besteht die erhebliche Gefahr einer Fehlbewertung.

Die Praxis zeigt zudem, dass sich auch renommierte Auktionshäuser massiv irren können. Ein bekanntes Beispiel ist der sogenannte Teppich-Fall, bei dem ein Teppich zunächst mit einem Wert von unter 10.000 Euro eingeschätzt wurde, um später bei einem Weiterverkauf einen Erlös von rund 7 Millionen Euro zu erzielen. Solche Diskrepanzen verdeutlichen, dass Auktionsschätzungen Momentaufnahmen unter spezifischen Marktannahmen sind – nicht jedoch belastbare, objektive Bewertungen im rechtlichen Sinne.

Für Scheidungsverfahren – insbesondere in internationalen Konstellationen – bedeutet dies, dass die wirtschaftliche Bewertung von Kunstwerken nicht auf vereinfachte oder interessengeleitete Wertangaben gestützt werden darf. Erforderlich ist vielmehr eine unabhängige, methodisch saubere Bewertung, die unterschiedliche Wertbegriffe klar trennt und rechtliche Faktoren wie Marktgängigkeit, Exportbeschränkungen, Verkaufszwang, zeitlichen Horizont und Verwertungsrisiken berücksichtigt. Andernfalls droht, dass Kunstwerke im Scheidungsverfahren systematisch falsch bewertet werden und so zum dauerhaften Konflikt- und Eskalationspunkt werden.

Fallbeispiel: Bewertung im internationalen Scheidungskontext
--

Die zuvor beschriebenen Bewertungsprobleme lassen sich an der dargestellten grenzüberschreitenden Familienkonstellation exemplarisch verdeutlichen. Ein Teil der Kunstsammlung befindet sich im Wohnsitz des Sammlers, weitere Werke sind in europäischen Freeports gelagert oder als Leihgaben vergeben. Einzelne Werke stammen aus Indien und unterliegen potenziellen Exportbeschränkungen, andere sind zeitgenössische Arbeiten mit stark schwankender Marktnachfrage.

Im Rahmen der ehelichen Auseinandersetzung wird für mehrere Werke auf Schätzungen eines international renommierten Auktionshauses verwiesen. Diese Schätzungen basieren auf einer hypothetischen Veräußerung in einem westlichen Auktionsmarkt, ohne die rechtliche Zulässigkeit der Verbringung, den zeitlichen Verwertungshorizont oder mögliche Verkaufszwänge zu berücksichtigen. Zugleich bestehen innerhalb der Familie unterschiedliche Erwartungen: Während ein Ehegatte von kurzfristiger Liquidierbarkeit ausgeht, betont der andere den langfristigen Sammlerwert.

In der rechtlichen Analyse zeigt sich, dass die auktionenbasierten Schätzungen nur einen begrenzten Aussagewert besitzen. Für einzelne Werke ist eine Ausfuhr rechtlich unklar oder ausgeschlossen, andere müssten unter Zeitdruck veräußert werden, was erhebliche Abschläge nach sich zieht. Das Fallbeispiel verdeutlicht damit, dass eine isolierte Bezugnahme auf Auktionsschätzungen den wirtschaftlichen Realitäten nicht gerecht wird und das Konfliktpotenzial eher verstärkt als reduziert.

3.3 Sicherung, Zugriff und Kontrolle von Kunstwerken

Neben der Bewertung ist die Sicherung von Kunstwerken als Assets von erheblicher Bedeutung. Kunstwerke sind mobil, diskret verbringbar und häufig nicht registergebunden. In Scheidungssituationen besteht daher ein erhöhtes Risiko, dass Werke verlagert, dem Zugriff entzogen oder ohne Zustimmung veräußert werden.

Kunstrechtliche Aspekte verschärfen diese Situation zusätzlich. Der physische Besitz eines Werkes vermittelt faktische Kontrolle, unabhängig von der rechtlichen Eigentumslage. Wer Zugriff auf Lagerorte, Residenzen oder – bei digitalen Werken – auf Schlüssel und Zertifikate hat, kann den weiteren Verlauf eines Konflikts maßgeblich beeinflussen. In grenzüberschreitenden Konstellationen kommt hinzu, dass einstweilige Maßnahmen nicht immer effektiv durchgesetzt werden können, insbesondere wenn sich Kunstwerke in Jurisdiktionen mit restriktiver Rechtshilfe befinden.

Aus präventiver Sicht ist daher entscheidend, Besitz-, Verwahr- und Kontrollverhältnisse klar zu regeln und transparent zu dokumentieren. Nur so lässt sich vermeiden, dass Kunstwerke im Scheidungsfall zu faktischen Druckmitteln werden, deren rechtliche Rückführung langwierig oder unmöglich ist.

3.4 Präventive Gestaltung im ehelichen Kontext

Die dargestellten Konfliktlinien zeigen, dass Kunstwerke als Assets im ehelichen Kontext einer vorausschauenden rechtlichen Strukturierung bedürfen. Kunst sollte nicht erst im Trennungsfall in den Fokus rücken, sondern bereits während der Ehe bewusst in güterrechtliche und

kunstrechtliche Überlegungen einbezogen werden.

Präventive Gestaltungsmöglichkeiten bestehen insbesondere in der klaren vertraglichen Zuordnung von Kunstwerken, der Definition von Bewertungsmaßstäben, der Regelung von Besitz- und Kontrollfragen sowie der Berücksichtigung grenzüberschreitender kunstrechtlicher Beschränkungen. Eheverträge können dabei nicht nur güterrechtliche Klarheit schaffen, sondern auch emotionale Eskalationen vermeiden, indem Erwartungen frühzeitig definiert werden.

Eine solche integrierte Betrachtung von Kunstrecht und Familienrecht trägt dazu bei, Kunstwerke als Vermögenswerte rechtssicher einzuordnen und Konflikte zu entschärfen, bevor sie entstehen.

4. Kunst und Nachfolge: Vorbereitung, Wissenstransfer und Risiken des ungesteuerten Erbfalls

Die Nachfolge von Kunstwerken unterscheidet sich grundlegend von der Vererbung anderer Vermögenswerte. Während finanzielle Assets oder Immobilien weitgehend standardisiert übertragen werden können, hängt der rechtliche, wirtschaftliche und ideelle Wert von Kunst in besonderem Maße vom Wissen des Sammlers oder der Sammlerin ab. Dieses Wissen ist häufig weder dokumentiert noch strukturiert – und geht im Erbfall oft unwiederbringlich verloren.

4.1 Vorbereitung des Kunsterbes als zentrale Wertmaßnahme

Eine der zentralen, zugleich am häufigsten unterschätzten Maßnahmen der Kunstinachfolge ist die Dokumentation des sammlerischen Wissens. Dazu zählen nicht nur Erwerbsdaten, Kaufverträge oder Provenienzanzeigen, sondern auch Kontextwissen: Warum wurde ein Werk erworben? In welchem Zusammenhang steht es zur Sammlung? Welche historischen, kulturellen oder persönlichen Überlegungen waren leitend?

Dieses Wissen beeinflusst den Wert von Kunstwerken oftmals erheblich – meist positiv, in bestimmten Konstellationen sogar existenziell. So kann etwa der nachweisliche Erwerb eines Kunstwerks vor dem Jahr 1972 im deutschen Kulturgutschutzrecht entscheidend dafür sein, ob ein Werk

rechtmäßig verkehrsfähig bleibt oder ob Rückgabe- und Ausfuhrfragen entstehen. Ohne entsprechende Dokumentation kann ein Werk rechtlich blockiert oder wirtschaftlich entwertet werden, obwohl es materiell unverändert bleibt.

Zur Vorbereitung des Kunsterbes gehört ebenso der frühzeitige Dialog mit den Kindern oder künftigen Erben. Dabei geht es nicht um endgültige Verteilungsentscheidungen, sondern um das Verständnis der familiären, kulturellen und wirtschaftlichen Zielsetzungen. In internationalen Familien ist dieser Dialog besonders wichtig, da unterschiedliche Rechtsordnungen, kulturelle Vorstellungen und Wohnsitze die Nachfolge maßgeblich beeinflussen können. Bereits auf dieser Ebene lassen sich Konfliktlinien erkennen und entschärfen.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Überlegung, ob Kunstwerke ganz oder teilweise in Stiftungen oder vergleichbare Strukturen eingebracht werden sollen. Solche Konstruktionen können nicht nur dem langfristigen Erhalt einer Sammlung dienen, sondern auch einen Schutz vor unkoordiniertem Zugriff im Erbfall bieten. Sie erlauben es, Governance-Strukturen festzulegen, Nutzungs- und Verwertungsregeln zu definieren und die Sammlung als Einheit zu bewahren.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass nur der Erblasser selbst den ideellen Wert einer Sammlung verbindlich definieren kann. Nach dem Erbfall wird dieser Wert regelmäßig durch ökonomische, steuerliche oder rechtliche Erwägungen überlagert. Auch das Kulturgutschutzrecht erkennt diesen Unterschied an: Es macht einen rechtlichen Unterschied, ob einzelne Gemälde oder eine in sich geschlossene Gemäldesammlung vorliegen – ein Umstand, der im Rahmen der Nachfolgegestaltung bewusst genutzt werden kann.

4.2 Der ungesteuerte Erbfall – rechtliche Fragmentierung und Eskalationsrisiken

Fehlt eine solche Vorbereitung, entfaltet der Erbfall insbesondere im internationalen Kontext ein erhebliches Eskalationspotenzial. Kunstwerke unterliegen dann nicht einer einheitlichen Nachfolgeregelung, sondern werden von mehreren Rechtsordnungen gleichzeitig erfasst. Nach dem Prinzip der *lex rei sitae* können für einzelne Werke unterschiedliche nationale Regelungen maßgeblich sein – abhängig davon, wo sie sich physisch befinden.

Dies führt in der Praxis zu erheblicher Verwirrung: Unterschiedliche Gerichte können zuständig sein, verschiedene erbrechtliche Systeme greifen parallel, und öffentlich-rechtliche Beschränkungen – etwa Ausfuhrverbote oder Kulturgüterschutz – wirken unabhängig von zivilrechtlichen Vereinbarungen. Die Folge sind Verzögerungen, Blockaden und nicht selten ein faktischer Stillstand, während Werte erodieren und familiäre Spannungen eskalieren.

In solchen Konstellationen kann es sinnvoll sein, bereits zu Lebzeiten konfliktlösende Mechanismen vorzusehen. Denkbar sind etwa Schiedsklauseln in Erbverträgen, um grenzüberschreitende Streitigkeiten zu bündeln und gerichtliche Parallelverfahren zu vermeiden. Auch interne familiäre Lösungen können Frieden stiften. In der Praxis bewährt hat sich etwa das Modell einer internen Versteigerung, bei der Erben mit einem festgelegten, fiktiven Budget – oft als „Monopoly-Geld“ bezeichnet – auf Kunstwerke bieten. Dieses Verfahren kann emotionale Präferenzen sichtbar machen, ohne sofort Liquiditätsdruck zu erzeugen, und ermöglicht eine vergleichsweise faire Verteilung.

Der ungesteuerte Erbfall zeigt damit besonders deutlich, dass Kunst ohne rechtliche und konzeptionelle Vorbereitung schnell vom kulturellen Erbe zum juristischen Problem wird. Präventive Nachfolgegestaltung ist daher keine Frage der Optimierung, sondern eine Voraussetzung für den Erhalt von Wert – wirtschaftlich wie ideell.

Fortführung des Fallbeispiels: Kunst im internationalen Erbfall

Im Anschluss an den Tod des Sammlers tritt das zuvor skizzierte Szenario in eine neue Phase. Ein Testament existiert, regelt jedoch die Kunstsammlung nur allgemein als Teil des Nachlasses, ohne zwischen einzelnen Werken, Rechten oder Standorten zu differenzieren. Eine systematische Dokumentation der Sammlung liegt nicht vor. Erwerbszeitpunkte, Provenienzdetaill und sammlerische Überlegungen sind weitgehend nur dem Erblasser bekannt gewesen.

Unmittelbar nach dem Todesfall zeigt sich die rechtliche Fragmentierung des Nachlasses. Teile der Sammlung befinden sich im Wohnsitz des Erblassers, andere Werke lagern in europäischen Freeports, weitere sind als Dauerleihgaben vergeben. Für einzelne Werke mit Ursprung in Indien stellt sich die Frage, ob sie überhaupt ausgeführt oder international verwertet werden dürfen. Parallel beanspruchen mehrere Rechtsordnungen Zuständigkeit: der letzte gewöhnliche Aufenthalt, der Wohnsitz einzelner Erben sowie die Belegenheit der Kunstwerke.

Die Erben verfolgen unterschiedliche Interessen. Ein Teil drängt auf eine zeitnahe Verwertung einzelner Werke zur Schaffung von Liquidität, ein anderer möchte die Sammlung als Ausdruck des ideellen Vermächtnisses erhalten. Mangels klarer Vorgaben des Erblassers wird die Sammlung faktisch zum Streitgegenstand. Während einzelne Werke physisch

zugänglich sind und damit faktisch kontrolliert werden, bleiben andere blockiert – rechtlich oder tatsächlich.

In der weiteren Abwicklung treten zusätzliche Probleme zutage. Für bestimmte Werke fehlen belastbare Nachweise zum Erwerbszeitpunkt, was im Lichte des Kulturgutschutzrechts zu Unsicherheiten hinsichtlich Verkehrsfähigkeit und Ausfuhr führt. Die wirtschaftliche Bewertung divergiert erheblich, da Auktionsschätzungen auf unterschiedlichen Annahmen beruhen und rechtliche Verwertungsbeschränkungen nicht einheitlich berücksichtigt werden. Die Sammlung zerfällt in einzelne Vermögenspositionen mit jeweils eigenem rechtlichen Schicksal.

Erst im Rahmen einer nachträglichen rechtlichen Analyse wird deutlich, dass der Erblasser zu Lebzeiten über umfassendes Wissen verfügte, das den Wert und die rechtliche Einordnung der Werke maßgeblich beeinflusst hätte. Dieses Wissen ist jedoch nur fragmentarisch rekonstruierbar. Die Möglichkeit, die Sammlung als Ganzes zu erhalten oder in eine langfristige Struktur zu überführen, besteht nur noch eingeschränkt.

Der Fall verdeutlicht exemplarisch, dass im internationalen Erbfall nicht der Tod als solcher, sondern das Fehlen präventiver Strukturierung die eigentliche Eskalationsursache darstellt. Kunstwerke werden nicht deshalb zum Problem, weil sie wertvoll sind, sondern weil ihre rechtliche, faktische und ideelle Einbettung ungeklärt bleibt.

Kunstwerke sind in internationalen familiären Konstellationen keine gewöhnlichen Vermögenswerte. Sie bewegen sich im Spannungsfeld von Sachenrecht, Immaterialgüterrechten, öffentlichem Kulturgüterschutz und emotionaler Bindung. Gerade diese Mehrschichtigkeit macht Kunst

in familiären Konflikten besonders anfällig für Fehlbewertungen, rechtliche Blockaden und Eskalation.

Der Beitrag zeigt, dass Probleme selten erst im Streitfall entstehen. Sie sind meist die Folge fehlender präventiver Strukturierung: unklarer Eigentumsverhältnisse, fehlender Dokumentation, unterschätzter kunstrechtlicher Beschränkungen und mangelnder Abstimmung zwischen Familien- und Kunstrecht. In grenzüberschreitenden Konstellationen potenzieren sich diese Risiken durch kollidierende Rechtsordnungen und staatliche Schutzinteressen.

Besonders deutlich wird dies im Kontext von Scheidung, Vermögensverwaltung für Kinder und internationaler Nachfolge. Kunstwerke werden hier nicht deshalb zum Konfliktgegenstand, weil sie wertvoll sind, sondern weil ihr rechtlicher, wirtschaftlicher und ideeller Kontext nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Auktionsschätzungen ersetzen keine rechtliche Bewertung, physischer Besitz ist nicht gleich rechtliche Kontrolle, und fehlendes Wissen des Erblassers kann Werte vernichten, die materiell noch vorhanden sind.

Kunst verlangt daher einen ganzheitlichen Ansatz über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg: vom Erwerb über die Strukturierung während der Ehe bis hin zur Nachfolgeplanung. Wer Kunst als Asset versteht, muss sie auch rechtlich als solches behandeln – interdisziplinär, international und vorausschauend. Prävention ist dabei kein Luxus, sondern Voraussetzung für den Erhalt von Wert, Frieden und kulturellem Erbe.

Kunst ist ein Vermögenswert – aber kein gewöhnlicher.

In internationalen Familienstrukturen unterliegt Kunst besonderen

rechtlichen, regulatorischen und faktischen Rahmenbedingungen, die ihren Wert, ihre Verfügbarkeit und ihre Vererblichkeit maßgeblich beeinflussen.

Zentrale Erkenntnisse:

Kunst besteht rechtlich aus Sachen und Rechten – Besitz, Eigentum und Kontrolle fallen oft auseinander.

Auktionsschätzungen sind keine neutralen Bewertungen und ersetzen keine unabhängige rechtliche und wirtschaftliche Analyse.

Kulturgüterschutz, Aus- und Einfuhrregeln sowie Provenienzfragen wirken unmittelbar wertbildend oder wertmindernd.

In Scheidung und Erbfall entscheidet häufig Zugriff, nicht formales Eigentum.

Ohne Vorbereitung droht im internationalen Erbfall eine Zersplitterung durch verschiedene Rechtsordnungen (lex rei sitae).

Was Private Clients tun sollten:

Kunsterwerb stets rechtlich mitdenken (Provenienz, Verkehrsfähigkeit, Jurisdiktionen).

Sammlerwissen systematisch dokumentieren – es ist ein zentraler Werttreiber.

Kunst in Ehe- und Nachfolgeplanung ausdrücklich einbeziehen.

Frühzeitig über Strukturmodelle nachdenken (z. B. Stiftung, Sammlung als Einheit).

Präventiv Mechanismen für Konfliktfälle vorsehen (z. B. Schiedsklauseln, interne Verteilungsmodelle).

Kurz gesagt:

Kunst bewahrt nur dann Wert – wirtschaftlich wie ideell –, wenn sie rechtlich und strukturell vorbereitet wird.

Introduction:

Art between investment, law and family conflict

Works of art occupy a distinctive position within the wealth of affluent families. They are expressions of personal passion and cultural identity and, increasingly, recognised investment assets. Nevertheless, in legal family disputes—such as divorce proceedings, inheritance conflicts, or disputes concerning the management of assets for children—art is often given limited attention. Unless exceptionally valuable or iconic works are involved, art assets tend to remain outside the primary legal focus when compared to real estate, shareholdings, or financial investments.

This relative neglect contrasts sharply with the actual economic significance of art within family wealth. Artworks may represent substantial value, yet they are subject to specific legal frameworks that directly affect their valuation, marketability, and liquidity. Unlike fungible assets, the value of art is not solely determined by market dynamics but is increasingly shaped by legal constraints.

In particular, cultural property protection laws, export and import restrictions, licensing requirements, and international restitution regimes are gaining importance. These legal factors may significantly limit the pool of potential buyers, delay transactions, or even prevent sales altogether—directly impacting liquidity, market value, and strategic wealth planning.

In international family disputes, these challenges are further amplified. Diverging national regulations, conflicting legal systems, and competing public interests intersect with wealth structures spread across multiple

jurisdictions. Art thus becomes not only an emotionally charged asset, but a legally complex one, requiring specialised expertise.

Complexity increases significantly when family disputes unfold across borders—a scenario that is more common than exceptional in practice. Parents may originate from different legal systems, children may be born and raised in multiple jurisdictions, while assets—including artworks—are held and located internationally. In such constellations, not only do different family and inheritance laws collide, but also fundamentally divergent concepts of ownership, asset mobility, and cultural property protection.

What one legal system treats as a freely tradable investment may, in another, be classified as protected cultural heritage. At the same time, questions of jurisdiction, applicable law, and enforceability may determine whether and how artworks can be addressed at all in a dispute. Without early and careful structuring, such legal friction becomes extremely difficult to manage once a conflict has arisen.

These considerations should not be confined to situations of conflict or asset division. On the contrary, legal, regulatory, and structural aspects of art should be taken into account at the moment of acquisition. Issues such as provenance, legal marketability, potential export restrictions, and the future placement of a work may have a significant long-term impact on its value and liquidity.

Equally important is forward-looking planning for the period following the collector's death. In the absence of clear arrangements, art frequently becomes a catalyst for family disputes in inheritance situations. Structures such as foundations, trusts, or other estate planning vehicles

may help preserve collections as a whole or ensure an orderly transfer. Alternatively, an early internal family auction or allocation of individual works may provide transparency and prevent future conflict.

Art therefore requires a holistic, lifecycle-oriented approach—more so than many other asset classes—from acquisition and ongoing management to succession planning.

2. Legal classification of works of art:

Between property, law and international asset valuation

Art resists uniform legal classification. While it frequently manifests as tangible movable property—such as paintings, sculptures, or other physical objects—this traditional property-law approach captures only part of its legal reality. Art also consists of rights, concepts, and intangible asset positions that may carry independent economic value.

This distinction has long been recognised by courts. Jurisprudence consistently confirms that the acquisition of an artwork does not entail the transfer of copyright or exploitation rights. Ownership of the physical object and the associated intellectual property rights constitute legally distinct asset positions. In family wealth disputes, this separation is of particular relevance, as it directly affects valuation, marketability, and succession planning.

The multi-layered nature of art becomes especially apparent in contemporary conceptual and installation art. In such cases, economic value often lies not in the physical carrier, but in a bundle of rights, certificates, and authorisations. The widely cited example of Maurizio Cattelan’s “banana” illustrates that the object itself may be replaceable, while the certified concept and copyright-protected idea represent the true asset. Legally, this constitutes a complex asset rather than a mere object.

This development continues in digital and tokenised art. NFTs typically do not confer ownership in the sense of property law, but instead represent

a digitally recorded legal position defined by smart contracts, platform terms, and ancillary agreements. Their value derives from legally and technically defined access, authenticity, and—depending on structure—usage or exploitation rights. In family disputes, this raises fundamental questions regarding ownership, control, inheritance, and valuation, particularly where technical access requirements and divergent national classifications of digital assets are involved.

The legal complexity of art is also reflected in judicial valuation practice. In divorce and inheritance proceedings, art assets are often examined in depth only where exceptionally valuable or prominent works are involved. Nevertheless, courts across jurisdictions have emphasised that art forms part of the divisible estate, while being subject to specific valuation standards. The relevant benchmark is not an idealised collector's value, but the realistically achievable market value, typically determined through expert appraisal.

Courts have repeatedly acknowledged that legal restrictions—such as export licensing requirements, cultural heritage protection, or other public-law limitations—must be taken into account as value-reducing factors, as they directly affect marketability and liquidity. English and US family courts have expressly recognised that artworks are not liquid assets and cannot be treated in the same manner as financial instruments. Transaction costs, market uncertainty, and legal risk form integral elements of valuation.

In cross-border scenarios, these issues become particularly pronounced. Divergent national regulations may cause the same artwork to assume fundamentally different legal and economic characteristics depending on the jurisdiction. This is especially evident in the Indian context, where

strict export and transfer restrictions apply to certain artworks irrespective of civil-law ownership. The resulting limitations on international trade and realisation directly affect market value and may create significant valuation and enforcement challenges in family wealth disputes.

For family offices and private wealth holders, the conclusion is clear: art must be understood as a complex bundle of objects, rights, and increasingly digital asset positions. This multi-layered structure fundamentally distinguishes art from traditional financial assets and even from real estate. Without precise legal analysis, clear structuring, and forward-looking consideration of cross-border regulatory frameworks, the risk of misvaluation, restricted realisability, and escalating family conflict is substantial.

Family law disputes involving artworks typically unfold in two successive stages. First, disagreement arises over economic versus emotional value: while some family members emphasise the sentimental or identity-forming significance of a work, others focus on its financial realisability. At an initial—and often decisive—stage, however, conflict centres on control of possession. Particularly in inheritance scenarios, immediate access to the deceased's artworks can translate into *de facto* power and bargaining leverage, much like in disputes over other high-value movable assets such as luxury watches or jewellery.

At a second stage, questions of distribution and realisation come to the fore. These extend beyond the nominal value of a work to its actual availability and legal marketability. Disputes may arise over whether an artwork can be exported or transferred to another jurisdiction, which import or export licences are required, and in which market a sale is

feasible or permissible. The choice of realisation pathway—including the selection of auction house, jurisdiction, and timing—can significantly affect proceeds, liquidity, and tax treatment, and therefore frequently becomes a focal point of intra-family conflict.

The provenance of an artwork serves a dual function. On the one hand, it is art-historically and market-relevant, influencing authenticity, reputation, and economic value. On the other hand, it carries growing legal significance. Incomplete or problematic provenance may trigger restitution claims, recovery actions, or state intervention—particularly in the context of cultural heritage protection, colonial-era claims, or unlawful export. In family disputes, compromised provenance directly affects valuation and marketability and may result in a work being excluded, in practice, from asset division.

Distinct from provenance is the issue of legal ownership. In international family wealth structures, ownership of art is often not vested in the individual who acquired the work or feels emotionally attached to it. Art is frequently held through companies, trusts, or foundations for tax, liability, or succession-planning reasons. While such structures may be effective, they create significant challenges in disputes: does the artwork form part of a spouse's personal estate, the family's collective wealth, or the assets of a legally separate entity?

Possession, understood as factual control, is often held by yet another party. Artworks may be located in private residences, museums, storage facilities, or freeports—often in jurisdictions different from that of the legal owner. Loan agreements, long-term deposits, or informal arrangements are common but not always properly documented. In family disputes, this raises questions as to who may demand return,

which law governs possession, and how court orders can be enforced across borders.

Most contentious, however, is the issue of control. Control extends beyond physical access to include the legal and practical authority to decide on sale, relocation, encumbrance, or use. Control may derive from ownership, corporate governance rights, or—in the case of digital and tokenised art—from exclusive access to private keys, certificates, or accounts. In family conflicts, it is often unclear who effectively exercises such control, significantly complicating enforcement.

Cross-border scenarios add further layers of complexity. The location of the artwork (*situs*), the seat of the holding entity, the residences of family members, and the forum of legal proceedings may all fall under different legal regimes. As a result, possession and recovery claims may be governed by different laws than ownership or matrimonial property issues. Jurisdictions such as India further intensify these challenges through strict public-law control mechanisms that apply irrespective of private arrangements and ultimately determine mobility and realisability.

The foregoing considerations demonstrate that art-related family disputes cannot be resolved by addressing isolated questions of possession or value. Instead, they require a comprehensive and structured analysis that brings together all relevant factors in a coherent manner. This includes not only civil-law ownership and possession issues, but also provenance, factual control, legal marketability, and cross-border enforceability.

A central component of this assessment consists of art law due diligence considerations, which are frequently overlooked in family contexts. These

include, in particular, potential restitution risks, cultural property protection regimes, export and import restrictions, copyright positions, and contractual obligations arising from loan, storage, or exhibition arrangements. Such factors affect not only legal authority, but directly influence valuation, realisation potential, and timing.

Only by integrating these legal, factual, and regulatory elements can a realistic assessment be made of what an artwork is truly “worth” in a conflict scenario and how it can be distributed or realised. Absent such a structured analysis, decisions risk being based on incomplete information—creating significant potential for escalation, loss of value, and enduring family conflict, particularly in cross-border situations.

Before artworks become subject to matrimonial or succession disputes, it is worth taking a structured view of their legal and factual positioning. Experience shows that conflicts rarely arise from unexpected events, but rather from unclear responsibilities, conflicting expectations, and a lack of transparency. A practical analytical framework can help identify and manage risks at an early stage.

A Practical Framework for Art Assets in Cross-Border Family

First: Nature of the asset.

It must be determined whether the artwork is a tangible object, a conceptual work, a bundle of rights, or a digital asset. This classification fundamentally shapes the applicable legal tools.

Second: Ownership and control.

Beyond legal ownership, the key question is who exercises factual control. Possession, access, corporate influence, or digital keys often prove decisive in conflicts.

Third: Jurisdictional overlay.

Art rarely exists within a single legal system. Origin, location, residence of the parties, and the seat of holding structures may each trigger different legal regimes, with significant consequences for enforceability and value.

Fourth: Marketability and realisation.

Not every artwork is equally tradable in every market. Export restrictions, cultural property laws, market practices, and the choice of sales venue materially affect liquidity and proceeds.

Fifth: Conflict and succession readiness.

Finally, the resilience of the structure must be assessed in a dispute scenario. Who has access upon death? Where are potential blockages? Which elements may escalate conflict—and which may help mitigate it?

This framework does not replace case-specific analysis, but provides a robust reference point for addressing art as an asset proactively and systematically—particularly in cross-border family contexts.

Example: A collector primarily resides in Dubai and holds an internationally assembled art collection. His spouse is of Indian origin, while the two children were born in Germany and the United States respectively and reside there. Parts of the collection are located at the collector's residence, while other works are stored in European freeports or on long-term loan to museums. Certain contemporary works are held

through digital certificates and tokenised structures.

Following the collector's sudden death, uncertainty arises within the family regarding access to the artworks. While some pieces are physically accessible, others are beyond immediate reach or subject to export restrictions due to their origin. At the same time, differing views emerge regarding the future of the collection: one family member favours prompt sale of certain works, while another advocates preserving the collection as a whole.

Legal analysis reveals that the collection cannot be treated as a uniform asset. Multiple legal systems apply, provenance and cultural property considerations affect marketability, and factual control over individual works proves decisive in shaping the course of the dispute. The scenario illustrates that it is not the nominal value of artworks, but their legal and factual positioning that ultimately determines the parties' room for manoeuvre.

The foregoing framework and illustrative scenario demonstrate that artworks in family contexts can rarely be assessed in isolation. Their legal, factual, and regulatory positioning largely determines whether they serve as stabilising elements or sources of escalation in the event of conflict. Particularly in cross-border family structures, unclear responsibilities, missing access arrangements, and legal mobility restrictions tend to generate tension at an early stage.

These structural issues become especially pronounced in the context of marriage and divorce. Emotional, economic, and legal interests converge in a way that places art assets at the centre of dispute—often at a point

where preventive structuring options are already limited. The following chapter therefore examines how art is to be legally classified, valued, and safeguarded in international matrimonial and divorce scenarios.

When artworks are considered in the context of marriage and divorce, they emerge not merely as cultural or emotional objects, but as legally regulated assets with distinct art law characteristics. As an asset class, art differs fundamentally from traditional wealth positions: it is unique, often illiquid, legally fragmented, and heavily influenced by public-law and intellectual property frameworks.

These characteristics are of particular relevance in family law contexts. Artworks are not only subject to matrimonial property classification, but also to art law constraints that affect availability, valuation, and realisation. Cultural property protection, export and import restrictions, provenance issues, and questions of legal control over both object and rights directly shape the economic substance of the asset.

In international marriages and divorce scenarios, this complexity is further intensified. Diverging matrimonial property regimes intersect with differing art law regulations and state protection interests. Art thus becomes an asset that must be allocated not only between spouses, but also across legal systems. Without an integrated approach combining family law and art law, there is a significant risk that artworks will be misclassified, overvalued, or rendered practically non-realisable in divorce proceedings.

Against this background, the following chapter examines how artworks as assets are to be addressed at the intersection of art law and international family law—from matrimonial classification and valuation to protection and preventive structuring.

3. Art in the context of marriage and divorce: Works of art as assets in the area of conflict between art law and international family law

3.1 Classification of works of art as assets under matrimonial property law

The matrimonial classification of artworks is the starting point of any marital wealth dispute. As assets, artworks are generally subject to matrimonial property regimes. Their distinctiveness lies in the fact that they represent not only economic value, but also legally regulated cultural objects or bundles of rights.

In international marriages, classification depends on the applicable matrimonial property law, which may be determined by nationality, habitual residence, or a valid choice of law. While continental European systems often distinguish between initial and final assets, Anglo-American regimes apply concepts such as community property or equitable distribution. Identical acquisition scenarios may therefore produce very different legal outcomes for art assets.

Art law considerations may further overlay the matrimonial analysis. A work subject to export restrictions or cultural heritage protection may formally belong to the marital estate, yet be practically non-disposable. Absent clear contractual arrangements, art may thus be allocated as an asset whose economic realisation later proves impossible.

3.2 Valuation of artworks in divorce proceedings

Valuation represents one of the most sensitive and error-prone aspects of divorce proceedings involving art. As an asset class, art defies standardised valuation methods. Prices are volatile, comparable transactions are often unavailable, and the actually achievable proceeds depend heavily on legal, temporal, and market-related conditions.

In German case law, courts have at times accepted that a valuation issued by a major auction house may suffice for the economic assessment of an artwork. From an art law and valuation perspective, however, this approach is highly problematic and requires reconsideration. Auction houses are not neutral experts; they are market participants with their own commercial interests. They act as sellers, operate on a commission basis, and seek to attract consignments and generate turnover.

Moreover, auction houses operate with different value concepts depending on context. An auction estimate is not equivalent to an insurance value, replacement value, acquisition price, or long-term market value. Each serves a distinct purpose and cannot be used interchangeably. Treating an auction estimate as a definitive “market value” risks significant distortion.

Practice further demonstrates that even leading auction houses may be dramatically mistaken. A well-known example is the so-called carpet case, in which a carpet was initially estimated at under EUR 10,000 and later achieved a resale price of approximately EUR 7 million. Such discrepancies illustrate that auction estimates are snapshots based on specific assumptions, not objective or legally robust valuations.

For divorce proceedings—particularly in cross-border contexts—this means that the economic valuation of artworks must not rely on simplified or interest-driven figures. Instead, it requires independent, methodologically sound valuation, clearly distinguishing between different value concepts and incorporating legal factors such as marketability, export restrictions, forced-sale scenarios, timing, and realisation risk. Failing to do so risks systematic misvaluation of art assets, turning them into persistent sources of dispute and escalation.

Example: The valuation issues outlined above can be illustrated by reference to the cross-border family scenario described earlier. Parts of the art collection are located at the collector’s residence, while other works are stored in European freeports or on loan. Certain works originate from India and may be subject to export restrictions, while others are contemporary pieces with volatile market demand.

In the course of the marital dispute, valuation relies in part on estimates provided by a leading international auction house. These estimates assume a hypothetical sale in a Western auction market, without assessing the legal permissibility of export, the time horizon for realisation, or the impact of forced-sale dynamics. At the same time, differing expectations emerge within the family: one spouse assumes immediate liquidity, while the other emphasises long-term collector value.

Legal analysis reveals that these auction-based estimates have limited probative value. For some works, export is legally uncertain or prohibited; others could only be sold under time pressure, resulting in significant discounts. The scenario thus illustrates that reliance on auction estimates in isolation fails to reflect economic reality and may exacerbate, rather

than resolve, conflict.

3.3 Protection, access, and control of art assets

Beyond valuation, safeguarding art assets is critical. Art is mobile, discreetly transferable, and often not subject to public registration. Divorce scenarios therefore carry a heightened risk of relocation, concealment, or unauthorised disposal.

Art law considerations further complicate matters. Physical possession confers factual control irrespective of legal ownership. Control over storage facilities, residences, or—where applicable—digital keys and certificates can decisively shape a dispute. In cross-border contexts, interim relief may be difficult to enforce, particularly where artworks are located in jurisdictions with limited judicial cooperation.

From a preventive standpoint, clear and well-documented arrangements regarding possession, custody, and control are essential to prevent art assets from becoming leverage tools in divorce proceedings.

3.4 Preventive structuring within marriage

These conflict patterns illustrate that art assets require forward-looking legal structuring within marriage. Art should not enter the legal analysis

only upon separation, but should be consciously integrated into matrimonial and art law planning from the outset.

Preventive measures include clear contractual allocation of artworks, agreed valuation principles, defined rules on possession and control, and the incorporation of cross-border art law constraints. Prenuptial agreements can thereby provide not only legal certainty, but also help manage expectations and mitigate emotional escalation.

An integrated approach combining family law and art law enables art assets to be positioned in a legally robust manner and reduces the risk of conflict before it arises.

4. Art and Succession: Preparation, Knowledge Transfer, and the Risks of an Unstructured Estate

Succession planning for art differs fundamentally from the transfer of other assets. While financial instruments or real estate can be passed on through largely standardised mechanisms, the legal, economic, and intangible value of art depends to a significant extent on the knowledge of the collector. This knowledge is often undocumented and unstructured—and is frequently lost entirely upon death.

4.1 Preparing the art estate as a core value driver

One of the most critical yet underestimated aspects of art succession is the documentation of the collector's knowledge. This extends beyond acquisition dates, purchase agreements, and provenance records to include contextual understanding: why a work was acquired, how it relates to the collection as a whole, and which historical, cultural, or personal considerations informed the decision.

Such knowledge can materially affect the value of artworks—often positively, and in some cases decisively. For example, under German cultural property law, proof that an artwork was acquired before 1972 may determine whether it remains legally marketable or becomes subject to restitution or export restrictions. Without proper documentation, a work may become legally immobilised or economically impaired despite remaining physically unchanged.

Preparation of the art estate also includes early discussions with children or future heirs. These conversations are not about final allocations, but about aligning expectations regarding cultural, familial, and economic objectives. In international families, this dialogue is particularly important, as different legal systems, cultural perspectives, and places of residence can significantly shape succession outcomes.

Another key consideration is whether artworks should be transferred, in whole or in part, into foundations or similar long-term structures. Such vehicles can support the preservation of a collection, protect it from uncoordinated access in the estate scenario, and allow for the establishment of governance rules governing use, management, and disposal.

Finally, it must be recognised that only the testator can definitively determine the intangible value of a collection. After death, this value is often overshadowed by economic, tax, or legal pressures. Cultural property law reflects this distinction as well: it may treat individual paintings differently from a coherent painting collection—an aspect that can be deliberately incorporated into succession planning.

4.2 The unstructured estate – legal fragmentation and escalation risks

Where such preparation is lacking, the estate scenario—particularly in an international context—carries significant escalation risk. Artworks may become subject to multiple legal systems simultaneously. Under the principle of *lex rei sitae*, different national laws may apply to different

works depending on their physical location.

In practice, this leads to confusion and complexity: multiple courts may assert jurisdiction, different inheritance regimes may apply in parallel, and public-law restrictions such as export bans or cultural heritage controls may operate independently of private arrangements. The result is delay, deadlock, and often a gradual erosion of value alongside growing family conflict.

In these circumstances, it can be prudent to provide for conflict-resolution mechanisms during the testator's lifetime. Arbitration clauses in inheritance agreements may help consolidate disputes and avoid parallel proceedings across jurisdictions. Internal family mechanisms can also be effective. One well-established approach is an internal auction, where heirs bid on artworks using a fixed notional budget—often referred to as “Monopoly money”. This method allows emotional preferences to be expressed without immediate liquidity pressure and can facilitate a comparatively balanced allocation.

The unstructured estate thus demonstrates particularly clearly that art, absent legal and conceptual preparation, can quickly shift from cultural legacy to legal liability. Preventive succession planning is therefore not a matter of refinement, but a prerequisite for preserving both economic and intangible value.

Example: Following the collector's death, the scenario enters a new phase. A will exists, but it addresses the art collection only in general terms as part of the estate, without differentiating between individual works, rights, or locations. No systematic documentation of the collection is available. Acquisition dates, provenance details, and curatorial

considerations were largely known only to the collector.

Immediately after death, the legal fragmentation of the estate becomes apparent. Parts of the collection are located at the deceased's residence, other works are stored in European freeports, and further pieces are on long-term loan. For certain works originating from India, questions arise as to whether export or international realisation is legally permissible at all. At the same time, multiple jurisdictions assert relevance: the deceased's last habitual residence, the heirs' places of residence, and the locations of the artworks.

The heirs pursue differing objectives. Some seek prompt realisation of selected works to generate liquidity, while others aim to preserve the collection as an expression of the collector's intangible legacy. In the absence of clear instructions from the testator, the collection becomes a focal point of dispute. Certain works are physically accessible and thus subject to de facto control, while others remain legally or practically blocked.

As administration progresses, further complications emerge. For some works, reliable evidence of acquisition dates is missing, creating uncertainty under cultural property law as to marketability and exportability. Economic valuations diverge significantly, as auction estimates are based on differing assumptions and do not consistently account for legal constraints. The collection fragments into individual asset positions, each subject to its own legal fate.

Only at this stage does it become clear that the collector possessed extensive knowledge that would have materially influenced the legal and economic assessment of the works. This knowledge can now be

reconstructed only in part. The opportunity to preserve the collection as a whole or to transfer it into a long-term structure is severely limited.

The scenario illustrates that in cross-border estate situations, it is not death itself but the absence of preventive structuring that drives escalation. Artworks become problematic not because of their value, but because their legal, factual, and intangible context remains unresolved. Artworks are not ordinary assets in international family contexts. They operate at the intersection of property law, intellectual property rights, public cultural heritage regulation, and emotional attachment. It is precisely this multi-layered nature that makes art particularly vulnerable to misvaluation, legal deadlock, and escalation in family disputes.

This article demonstrates that problems rarely arise only once conflict has materialised. Instead, they are usually the result of insufficient preventive structuring: unclear ownership, missing documentation, underestimated art law restrictions, and a lack of coordination between family law and art law. In cross-border scenarios, these risks are amplified by conflicting legal systems and competing state interests.

This becomes especially evident in divorce proceedings, wealth administration involving children, and international succession. Artworks do not become contentious because they are valuable, but because their legal, economic, and intangible context has not been adequately addressed. Auction estimates are no substitute for legal valuation, physical possession does not equate to legal control, and the loss of a collector's knowledge can destroy value that still exists materially.

Art therefore requires a holistic approach throughout its entire lifecycle—from acquisition and structuring during marriage to succession planning.

Those who treat art as an asset must also address it as such from a legal perspective: interdisciplinarily, internationally, and proactively. Prevention is not a refinement; it is a prerequisite for preserving value, stability, and cultural legacy.

Executive Summary: Key Considerations for Private Clients

Art is an asset—but not a conventional one.

In international family structures, art is subject to specific legal, regulatory, and practical constraints that directly affect value, liquidity, and succession.

Key takeaways:

Legally, art consists of objects and rights—ownership, possession, and control often diverge.

Auction estimates are not neutral valuations and do not replace independent legal and economic assessment.

Cultural property laws, export/import rules, and provenance directly shape value.

In divorce and inheritance, control and access often matter more than formal ownership.

Without preparation, international estates risk fragmentation across

multiple legal systems (lex rei sitae).

What Private Clients should consider:

Integrate legal analysis into every art acquisition.

Document collector knowledge—it is a key value driver.

Explicitly address art in marital and succession planning.

Consider long-term structures (e.g. foundations, collection integrity).

Implement preventive mechanisms for dispute scenarios (e.g. arbitration clauses, internal allocation models).

In short:

Art preserves value—economic and intangible—only if it is legally and structurally prepared.